

## **TOP 20:**

---

### Entschließung des Bundesrates zur Dringlichkeit einer Novellierung der Düngeverordnung

- Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen -

Drucksache: 503/14

#### I. Zum Inhalt der Entschließung

Mit der Entschließung soll der Bundesrat sein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass die Bundesregierung entgegen den Ankündigungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bisher keine Novelle der Düngeverordnung zur notwendigen Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie vorgelegt hat. Er soll daher die Bundesregierung auffordern, möglichst umgehend die Befassung des Bundesrates mit einer entsprechenden Verordnung herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang soll er darauf hinweisen, dass auf fachlicher und politischer Ebene bereits mehrfach auf die dringende Notwendigkeit einer frühzeitigen Länder- und Verbändebeteiligung aufmerksam gemacht wurde. Eine vom Bund für spätestens September 2014 angekündigte Stellungnahme sei jedoch bis heute nicht erfolgt.

Ergänzend soll er mit Bedauern feststellen, dass infolge der langen Verzögerung der Novellierung bisher versäumt wurde, bei der Reduzierung der Gewässerbelastung durch Einträge aus der Landwirtschaft entscheidende Fortschritte zu erzielen, obwohl bereits seit Oktober 2012 ein umfassender Evaluierungsbericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Düngeverordnung vorliege, der konkrete Regelungsvorschläge enthalte.

Abschließend soll ausgeführt werden, dass durch das inzwischen von der EU-Kommission wegen unzureichender Umsetzung der Nitratrichtlinie eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren zusätzlicher Handlungsdruck für die Bundesrepublik Deutschland entstanden sei. Die durch das eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren bestehenden finanziellen Risiken seien wegen der vom Bund zu verantwortenden zeitlichen Versäumnisse allein von diesem zu tragen.

## II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz**, der **Gesundheitsausschuss** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.